

# Es dürfte eng werden für den Gripen

## In der Sicherheitspolitischen

Kommission könnte am Montag eine Vorentscheidung für oder gegen den Gripen-Kampffjet fallen. Nationalrat Thomas Hurter will, dass das Milliardengeschäft finanziell abgesichert wird.

VON JAN HUDEC

Es geht um 3,1 Milliarden Franken. So viel will der Bundesrat für 22 neue Kampjets des Typs Gripen ausgeben. Nachdem der Ständerat im März dem Geschäft zwar knapp zugestimmt hatte, dann aber nicht bereit war, auch die finanziellen Mittel zu sprechen, sind nun alle Augen auf den Nationalrat gerichtet. Eine Vorentscheidung dürfte bereits am kommenden Montag fallen. Dann nämlich befasst sich die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Nationalrates mit dem Rüstungsdeal.

«Wenn die Vorlage in der Kommission durchfallen sollte, stehen die Chancen, dass sie im Nationalrat angenommen wird, schlecht», sagt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter, Vizepräsident der SIK. Und ob schon die Bürgerlichen in der SIK eine klare Mehrheit haben, sagt Hurter: «Am Montag kann alles passieren.» Schliesslich wurde der Gripen auch von bürgerlicher Seite immer wieder scharf kritisiert. So hatte FDP-Präsident Philipp Müller den Kampffjet noch vor wenigen Monaten als Papierflieger bezeichnet, der die Anforderungen nicht erfülle. Müller schwenkte mittlerweile zwar um, und die FDP bekräftigte, dass ihre Forderungen nun erfüllt seien. Dennoch gab es bei der Abstimmung im Ständerat diverse bürgerliche Abweichler, auch aus der FDP.

### Offene Fragen klären

Selbst wenn es in der SIK für die Vorlage reichen sollte, ist für Hurter klar: Der Kampffjetkauf hat vor dem Volk nur dann eine Chance, wenn sich die Bundesparlamentarier klar und deutlich für ihn aussprechen. Daher müssten nun dringend alle offenen Fragen des umstrittenen Rüstungsdeals mit Schweden geklärt werden. Dabei geht es insbesondere um finanzielle, politische, technische und terminliche Risiken. Was passiert zum Beispiel, wenn der Flieger, der sich noch in der



Der Gripen-Kauf ist umstritten, nicht zuletzt, weil die finanziellen Risiken unklar sind.

Bild Key

Entwicklung befindet, erst später geliefert werden kann? Welche Handhabe hat die Schweiz, wenn die Kosten höher ausfallen sollten? Mit solchen Fragen wird sich die SIK eingehend beschäftigen und sich dazu über den fast fertigen Beschaffungsvertrag beugen. Fest steht, dass die Schweiz den Vertrag nicht mit dem Hersteller Saab, sondern mit Schweden abschliessen wird.

### Antrag auf finanzielle Absicherung

Wenn etwas mit der Lieferung nicht stimmt, müsste die Schweiz also mit Schweden in Nachverhandlungen tre-

ten. Hurter will deshalb einen Antrag für eine finanzielle Absicherung stellen: «Entweder soll man eine Konventionalstrafe aussprechen oder einen Teil des Geldes zurückbehalten können.» Er favorisiere eher den Rückbehalt. Damit könnte man einerseits bei einer zeitlichen Verzögerung Druck auf den Hersteller ausüben, andererseits von diesem Geld einen Teil definitiv kassieren, falls der Gripen nicht rechtzeitig geliefert wird oder technisch nicht den Vorgaben entspricht. «Zwar wird man mir entgegnen, dass das in einem Staatsvertrag nicht möglich ist,

ich werde aber fordern, dass die Schweden das in ihrem Vertrag mit Saab festschreiben», so Hurter. Bei allen grösseren Rüstungsdeals habe man sich in der Vergangenheit finanziell abgesichert. «Nur weil wir das Geschäft hier mit einem Staat abschliessen, gibt es keinen Grund, auf solche Sicherheiten zu verzichten. Schliesslich sprechen wir von Kosten in Milliardenhöhe.» Hurter wird ausserdem einen Antrag stellen, die Miete von gebrauchten Gripens des Typs C/D zu streichen (siehe SN vom 16. März). Mit diesen soll die Zeit überbrückt werden, bis der neue Gripen E zwischen 2018 und 2023 geliefert wird. Die Mietvariante sei unnötig und teuer, ausserdem nehme es dem Hersteller den Druck, rechtzeitig zu liefern, argumentiert Hurter.

### Nochmals über die Bücher

Es ist kaum vorherzusehen, wie es in der SIK ausgehen wird. Gut möglich, dass der Bundesrat sich nochmals über den Vertrag beugen muss. Kommt beispielsweise Hurters Antrag zur finanziellen Absicherung durch, müsste der Bundesrat nochmals mit Schweden verhandeln. In der Kommission soll zudem ein Rückweisungsantrag gestellt werden. Muss der Bundesrat nochmals an die Arbeit, wird der Nationalrat erst in der Herbstsession entscheiden und nicht, wie geplant, im Sommer.

## Absurd Nein sagen, um Ja sagen zu können

Die Überraschung war gross, als die Gripen-Vorlage im letzten März eine Bruchlandung im Ständerat hingelegt hatte. Zwar stimmte die Mehrheit der Ständeräte für die Beschaffung des Fliegers, für die nötige Lösung der Ausgabenbremse reichte es dann aber nicht, weil es da eines qualifizierten Mehrs bedurfte. Man stand also vor der etwas absurden Situation, dass der Ständerat zwar für neue Flieger ist, für diese aber nicht das nötige Geld sprechen will.

Mit der Abstimmung im Nationalrat dürfte die ganze Sache nun noch verwirrender werden: Falls sich auch der

Nationalrat für den Gripen, aber gegen die Finanzierung aussprechen sollte, ist das ganze Geschäft beerdigt. Die Vorlage wandert nämlich nur dann zurück in den Ständerat, wenn es Differenzen zu bereinigen gibt. Stimmen beide Räte gleich, ist die Sache vom Tisch. Die einzige Möglichkeit, die der Nationalrat dann noch hätte, um dem Gripen eine Chance zu geben, bestünde darin, die Vorlage in der Gesamtabstimmung abzulehnen, dann ginge sie zurück in den Ständerat. Die Nationalräte müssten also Nein sagen, um später vielleicht nochmals die Chance zu bekommen, Ja zu sagen. (jhu)

# Weniger Einfluss für den Naturschutz

**Politiker** wollen den Natur- und Heimatschutz beim Ausbau erneuerbarer Energien ausbremsen. Nach dem Fischsterben im Engadin laufen die Umweltverbände dagegen Sturm.

VON TOBIAS GAFAFER

BERN Das Massensterben der Fische beim Livigno-Staudamm befeuert die Debatte um die Wasserkraft. Für die Umweltverbände zeigt der Vorfall, welche Schäden Eingriffe in schützenswerten Gebieten anrichten können. Das Parlament will dagegen rund um die Energiewende den Ausbau der Wasserkraft forcieren. Am Montag behandelt die Umweltkommission (Urek) des Nationalrats eine bisher nicht beachtete parlamentarische Initiative des Ständerats Joachim Eder (FDP/ZG). Sie verlangt, dass der Einfluss der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkom-

mission (ENHK) beim Ausbau erneuerbarer Energien und bei anderen Bauprojekten eingeschränkt wird. Das Bewilligungsverfahren habe einen bremsenden Einfluss. Demokratisch gewählte Behörden dürften heute kaum von den Gutachten der vom Volk nicht legitimierten ENHK abweichen. «Das ist inakzeptabel», sagt Eder. Daher sollen die ENHK-Gutachten weniger Gewicht erhalten. Die Urek des Ständerats hat dem Plan bereits zugestimmt.

### Furcht vor mehr Parkplätzen

Nun schlagen die Umweltverbände Alarm: In einem Brief warnen der WWF und Pro Natura die Politiker. «Das Potenzial der Wasserkraft ist weitgehend ausgereizt», sagt Christopher Bonzi, Wasserexperte des WWF. Eders Vorlage wolle auch Kleinkraftwerken mit erheblichen Auswirkungen in Schutzgebieten zum Durchbruch verhelfen. Dabei seien selbst Gebiete im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BNL) bereits stark genutzt – etwa im Nationalpark. In den BNL-Gebieten gebe es heute über 200 Was-

serfassungen und 69 Wasserkraftwerke.

Der Verband hinterfragt ebenso den bremsenden Einfluss der ENHK: In den letzten fünf Jahren habe diese von den 45 beurteilten Projekten für erneuerbare Energien bei rund zwei Dritteln grünes Licht erteilt. Die Gutachten hätten Umweltverbände immer wieder zum Rückzug von Einsprachen bewegt – unter anderem im Berner Oberland. Eders Vorschlag könnte demnach sogar kontraproduktiv sein, weil häufiger der gesamte Rechtsweg beschritten würde. Der WWF betont, dass es um mehr als die erneuerbaren Energien geht: Mit Eders Vorhaben würde fast jedes öffentliche Interesse des Bundes oder der Kantone Eingriffe rechtfertigen.

### Kein Angriff gegen die Natur

Joachim Eder bedauert das Fischsterben im Engadin ebenfalls – mit dem Vorstoss habe das aber nichts zu tun. «Die Umweltverbände versuchen alles, um das Anliegen zu torpedieren.» Es gehe ihm nicht um einen Frontalangriff gegen die Natur, sondern um eine Güterabwägung. «Die ENHK-Gutachten

sollen nicht mehr sakrosankt sein, sondern nur noch eine Entscheidungsgrundlage für die Behörden.» Denn Gerichtsurteile hätten gezeigt, dass die Behörden nur bei triftigen Gründen – wie Irrtümern – von den Gutachten abweichen dürften. Ins selbe Horn stösst Thomas Zwald, Leiter Public Affairs des Verbands der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen: Die Gutachten der ENHK blieben ein wichtiges Element. Doch die Bewilligungsbehörden sollten diese nicht mehr höher gewichten müssen als die eigene Interessenabwägung.

Eder verweist zudem auf den Konflikt zwischen dem Atomausstieg und dem Ausbau der Wasserkraft. «Wenn wir die Energiewende wirklich wollen, müssen auch die Umweltverbände ein Zeichen setzen.» Flankenschutz erhält er von Ständerat Roland Eberle (SVP/TG), der im Verwaltungsrat des Stromkonzerns Axpo sitzt. «Zu einer ehrlichen Energiestrategie 2050 gehört auch der Ausbau der Wasserkraft.» In einem Punkt gibt er jedoch dem WWF recht: Man solle nicht jedes Rinnsal für ineffiziente Kleinkraftwerke nutzen.

## Sexuelle Handlungen

### Angestellte in Asylzentrum dürfen Posten behalten

NEUENBURG Die Anschuldigungen wegen sexueller Handlungen mit Asylbewerbern im Neuenburger Zentrum Perreux haben vorerst keine personellen Konsequenzen. Drei Kantonsangestellte, darunter die Direktorin des Asylzentrums, dürfen ihre Posten behalten. «Ich habe entschieden, die drei Personen auf ihren Posten zu bestätigen», sagte der zuständige Neuenburger Staatsrat Thierry Grosjean (FDP) gestern vor den Medien in Neuenburg. Die gegen zwei der Betroffenen ausgesprochene Suspendierung wird aufgehoben.

### Notlage ausgenützt?

Die vom nebenamtlichen Bundesrichter Christian Geiser durchgeführte Administrativuntersuchung brachte einen Mangel an Strenge bei der Umsetzung der internen Verfahren zutage. Der Bericht habe keine klaren und deutlichen Elemente ans Tageslicht gebracht, die eine Entlassung oder Suspendierung gerechtfertigt hätten, sagte Grosjean. Sollte die Strafuntersuchung jedoch in einen Schuldspruch münden, werde die Neuenburger Regierung die Personalentscheide nochmals überprüfen. Für alle Betroffenen gelte die Unschuldsvermutung.

Den insgesamt acht Personen wurden von Asylbewerbern sexuelle Handlungen mit im Asylzentrum Perreux untergebrachten Personen vorgeworfen. In der Strafuntersuchung wird auch abgeklärt, ob es sich um die Ausnützung einer Notlage handelte. (sda)

## Journal

### Mediapulse liefert wieder Daten an Sender und Vermarkter

ZÜRICH/BERN Das neue Messsystem für TV-Zuschauerzahlen sorgt weiter für Diskussionen. Zwar erhält die Öffentlichkeit nach wie vor keine Zahlen, Sender und Vermarkter werden jedoch von Mediapulse wieder beliefert. Eine superprovisorische Verfügung, die letzte Woche erwirkt wurde, ist aufgehoben worden. Nachdem die Rechtslage mit dem zuständigen Gericht nun geklärt worden sei, sei Mediapulse wieder in der Lage, die Messdaten den Kunden zur Verfügung zu stellen, heisst es in einer Mitteilung. Weiterhin unklar ist, wie es mit dem 2013 in Betrieb genommenen Messsystem weitergeht.

### Mehr Behinderte können sich ein Leben zu Hause leisten

BERN Menschen mit Behinderung erhalten seit einigen Jahren eine höhere Hilflosenentschädigung der Invalidenversicherung, wenn sie zu Hause leben. Das hat dazu geführt, dass weniger Betroffene in ein Heim eintreten, wie eine Studie im Auftrag des Bundes zeigt. Der Anteil an IV-Bezüglern mit Hilflosenentschädigung, die zu Hause leben, ist seit 2004 von 50 auf 59 Prozent gestiegen. Mit der 4. IV-Revision, die 2004 in Kraft trat, wurde die Entschädigung für zu Hause Lebende verdoppelt.

### Alpenüberquerende Gütertransporte werden bis 2030 zunehmen

BERN Im Jahr 2030 könnten 1,41 Millionen Lastwagen auf der Strasse die Schweizer Alpen überqueren. Zu diesem Schluss komme eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Verkehr, wie der «Tages-Anzeiger» berichtete. Damit dürfte das Verlagerungsziel auf absehbare Zeit in weite Ferne rücken. Gesetzlich muss die Zahl der Lastwagenfahrten bis 2018 auf 650 000 reduziert werden. Als Grund für den Anstieg erachten die Autoren vom Forschungs- und Beratungsbüro Infras die dynamische Entwicklung im Güterverkehr auf der Nord-Süd-Achse, welche in «weiten Teilen den Neat-Effekt» kompensiere.